

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen e.V. (VENRO) ([www.venro.org](http://www.venro.org)) hat eine Befragung zur Zukunft der Deutschen Entwicklungspolitik durchgeführt

Antworten der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik  
von Dr. Jörg Goldberg

**1. Was sind die wichtigsten normativen und politischen Begründungen für eine zukünftige Entwicklungspolitik und welches Gewicht sollte ihnen zukommen?**

Grundsätzlich neue Begründungen scheinen u.E. nicht notwendig zu sein. Kritik an der bisherigen EZ ist in Einzelfällen sicher oft berechtigt, allerdings sollte nicht von genereller Erfolglosigkeit gesprochen werden: Solange die Etats real von Jahr zu Jahr gekürzt werden und eine Erfüllung der 0,7 %-Quote in immer weitere Ferne rückt erscheint eine Pauschalkritik verfehlt.

Die nach wie vor gültige Begründung für EZ (mehr und bessere EZ) ist ethisch und politisch. Damit ist die Frage nach der Rolle der Solidarität angesprochen, die u.E. im Mittelpunkt zu stehen hat:

- Es ist ethisch unerträglich, dass sich eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung das Gros der Ressourcen des Planeten aneignet. Im Sinne von Chancengleichheit sollte jeder Mensch in der Lage sein, die auf dem gegebenen Stand der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung möglichen Wahlmöglichkeiten auszunutzen, unabhängig davon, wo er geboren ist. Die Globalisierung befördert die existierende krasse Ungerechtigkeit weiter und macht sie offensichtlicher.
- Es ist nach wie vor zutreffend, dass der Entwicklungsrückstand der Länder der Dritten Welt durch die koloniale und neokoloniale Ausbeutung mitverursacht wurde.
- Die bestehende Weltwirtschaftsordnung benachteiligt die armen Länder weiter. Dies kann allein durch EZ nicht verhindert oder ausgeglichen werden. Auch ist anzumerken, dass bis heute Ressourcentransfers per saldo von Süd nach Nord verlaufen. Die Tatsache der systematischen Benachteiligung des Südens sollte vielmehr dazu führen, die Kompatibilität von internationalen Regelungen mit den Zielen der Beseitigung von Unterentwicklung zu überprüfen – die Ziele der EZ sollten in globale Regelungen integriert werden.
- Der Verweis auf Elemente wie Schutz der globalen Umwelt oder Migration als Begründung für EZ greift u.E. zu kurz und verkehrt teilweise die Maßstäbe: Nach wie vor sind die Industrieländer die Hauptverursacher von globalen Umweltproblemen – der Verweis auf die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung durch mehr EZ in der Dritten Welt verschiebt die Verantwortlichkeiten und mindert den Veränderungsdruck in den IL. Das Migrationsargument ist einmal unzutreffend (EZ kann Süd-Nord-Migrationen auch im Erfolgsfall nicht verhindern); außerdem zeigt die Erfahrung, dass die Behandlung der Süd-Nord-Migration als Globalproblem nicht zu mehr EZ sondern zu mehr Polizei führt.

Entwicklung hängt von einem Geflecht zwischen inneren und äußeren Faktoren ab. Daher sollte EZ an bestimmte Kriterien geknüpft werden, wobei die Beachtung fundamentaler Menschenrechte an erster Stelle stehen muss. EZ soll aber nicht als Hebel zur Übertragung

westlicher Modelle und Moden missbraucht werden – daher ist das Hauptkriterium neben den Menschenrechten der Entwicklungseffekt, also die Bereitschaft der Regierungen und Staaten, die Bevölkerung an der Entwicklung zu beteiligen. Allerdings darf dies keine Einbahnstrasse sein – EZ muss auch entwicklungspolitisch schädliche Aktionen der IL kritisieren.

## **2. Was sind die wichtigsten zukünftigen Aufgaben und Schwerpunkte für Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit?**

Die Schwerpunkte der deutschen EZ (Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Bildung) sind u.E. richtig gewählt. Das Problem ist der geringe Umfang, vor allem aber der geringe **Stellenwert** entwicklungspolitischer Ziele in der Gesamtpolitik. Fairer Handelsaustausch (siehe Agrarprotektionismus) und die außenwirtschaftliche Absicherung von Entwicklungsprozessen haben größere entwicklungspolitische Effekte als die gesamte EZ. Daher sollte die von Deutschland und Europa gefahrene internationale Politik auf allen Feldern dahingehend überprüft werden, welche entwicklungspolitischen Effekte jeweils damit verbunden sind. Die bislang noch gültige entwicklungspolitische Konzeption der BRD bezeichnet die EZ als Bestandteil der deutschen auswärtigen Beziehungen und damit als Instrument der Friedenspolitik. Entscheidend für die Rolle der EZ ist, ob die Gesamtheit der auswärtigen Politik entwicklungsfördernd ist. Daran bestehen aber große Zweifel, wenn man die Rolle der Bundesrepublik auf den internationalen Konferenzen verfolgt. Die UN-Weltkonferenzen haben wichtige internationale Ziele festgeklopft; es gibt die Internationalen Entwicklungspolitischen Ziele (IDG) bis 2015. Entscheidend ist, dass diese auf allen Feldern der internationalen Politik, nicht bloß für die EZ im engen Sinne, Orientierungsdaten werden müssen. Dies müsste durch entwicklungspolitische Inlandsarbeit im Bewusstsein verankert werden: Dass unsere Gesamtpolitik positive oder negative Effekte auf die Entwicklung der armen Länder hat und dass dies bei allen wichtigen Entscheidungen mit internationaler Wirkung zu berücksichtigen ist.

Eine regionale und z.T. sektorale Schwerpunktbildung der EZ, wie sie gegenwärtig vom BMZ vorbereitet wird, ist dann prinzipiell sinnvoll, wenn sie zumindest im europäischen Rahmen abgestimmt wird. Derzeit scheint sie aber lediglich Budgetproblemen geschuldet zu sein. Der neue Akzent auf Krisenprävention erscheint mehr als eine modische Reaktion auf die Medienwelt –in Wirklichkeit muss Krisenprävention, wenn sie ihren Namen verdient, Bestandteil von Entwicklungsprozessen sein, also in die EZ und die auswärtige Politik integriert sein. Wenn Konflikte und Krisen sichtbar werden ist es für eine „Prävention“ meist schon zu spät. Daher sollte man in diesen Fällen seriöserweise besser von Krisenhilfe sprechen.

## **3. Wie soll das Verhältnis zwischen globaler Strukturpolitik, Transferleistungen und entwicklungspolitischer Inlandsarbeit bestimmt werden?**

Alle Felder der auswärtigen Politik sollten sich vor dem Hintergrund der entwicklungspolitischen Ziele messen lassen, so wie sie von Deutschland auf den internationalen Konferenzen vertreten werden. Dies gilt für die Haltung zur Frage der internationalen Finanzmärkte (wie kann verhindert werden, dass die Herdenmentalität der Anleger Entwicklungsprozesse behindert?), zur Frage der Reform der internationalen

Institutionen (dass eine Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer notwendig geworden ist verweist auf die grundlegende Unangepasstheit der internationalen Finanzierungsinstitutionen, ihrer Strukturen und Prozeduren in entwicklungspolitischer Hinsicht), zur Frage der Handelspolitik usw. Entwicklungspolitische Inlandsarbeit kann zu einem wichtigen Instrument werden, wenn es gelingt, politische Entscheidungsprozesse in diesen Fragen unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten zu diskutieren.

Eine institutionelle Regelung zur Vermeidung von Inkohärenzen zwischen den verschiedenen Feldern der auswärtigen Politik ist wünschenswert, erscheint aber angesichts des geringen Stellenwerts von Entwicklungsproblemen im nationalen politischen Diskurs derzeit kaum umsetzbar. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn bei der Vorbereitung von wichtigen Vorhaben im Bereich der auswärtigen Beziehungen (z.B. im Rahmen der WTO-Verhandlungen) das BMZ und andere entwicklungspolitische Akteure obligatorisch einbezogen werden müssten und Stellungnahmen abgeben könnten, auf die offiziell reagiert werden muss.

Was die Frage der einzelstaatlichen Hilfe anbetrifft, so erscheint die notwendige Reform der multilateralen Entwicklungsagenturen ein Vorhaben, welches – wenn überhaupt – nur sehr langfristig zu bewältigen ist. Derzeit scheint die Anpassungsfähigkeit der bilateralen EZ an neue (oder auch alte) Herausforderungen größer zu sein als die der multilateralen Institutionen. Dies kann auch kaum überraschen, da sich bei einer Strukturreform der letzteren alle beteiligten Staaten einigen müssen. Daher würden wir wünschen, dass der Akzent der EZ weiterhin auf der bilateralen Zusammenarbeit liegt. Dies auch deswegen, weil die Politik der multilateralen Entwicklungsagenturen faktisch keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegt.

#### **4. Wie kann der Vorrang der Armutsbekämpfung wirksam umgesetzt werden?**

Der Vorrang der Armutsbekämpfung ist vorbehaltlos zu unterstützen – wobei bewusst sein muss, dass es dabei nicht um internationale Sozialhilfe sondern um ein umfassendes Entwicklungskonzept geht. Armutsbekämpfung muss als integraler Bestandteil nachhaltiger Entwicklung begriffen werden. Bei den Strategien muss die jeweilige Situation der Länder in Rechnung gestellt werden – eine generell gültige Antwort gibt es auf diesem Gebiet nicht. Kernpunkte sind die Integration der Armen in den Entwicklungsprozess als produktive Kraft und die Entwicklung bzw. Stärkung angepasster Systeme der sozialen Sicherheit.

Die mangelnde Kohäsion der Geberbeiträge ist eine der Hauptursachen für Misserfolge – vielfach behindert die Geberkonkurrenz sogar die Erarbeitung und Umsetzung von kohärenten Entwicklungsstrategien in den Nehmerländern. Ein besonderes Ärgernis ist dabei das häufig zu beobachtende Gegeneinander von Weltbank und UNDP. Eine gewisse internationale Abstimmung und Arbeitsteilung zwischen Ländern, Regionen und Sektoren auf der internationalen Ebene könnte sinnvoll sein – wobei dies natürlich nicht nur eine Angelegenheit der Geberstaaten sein darf. Der Verlauf der Lomé-Verhandlungen stimmt dabei allerdings pessimistisch – wenn es noch nicht einmal in Europa gelingt, eine solche Arbeitsteilung zu verankern, dann dürfte dies international noch schwieriger sein. Daher bleibt wohl mittelfristig nichts anderes übrig als beharrliche Bemühungen vor Ort: Es gibt positive Beispiele, wo es zumindest auf Sektorebene (oft im Gesundheitssektor) gelingt, alle relevanten Geber eines Landes an einen Tisch zu bringen und ein Minimum an Abstimmung

zu erreichen. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass dies nicht zu einer weiteren Marginalisierung nationaler Entscheidungsträger führt.

Bei der derzeit im BMZ diskutierten Bestimmung der 70 Schwerpunkt- und Partnerländer der EZ scheinen die Armut und der Unterstützungsbedarf der ausgewählten Länder keine sichtbare Rolle zu spielen. Generell sollte dies aber ein wichtiges (wenn auch nicht das einzige, siehe oben) Kriterium sein. Ob auch in Schwellenländern wie z.B. Brasilien, Südafrika usw. EZ durchgeführt werden soll kann u.E. nur im Einzelfall entschieden werden. In der Tendenz sollte in diesen Fällen eine EZ für und mit benachteiligten Gruppen dazu führen, dass diese im nationalen Entwicklungsprozess eine größere Rolle spielen, d.h. EZ sollte die benachteiligten Gruppen dabei unterstützen, ihre Stimme und Interessen im nationalen Kontext stärker zur Geltung zu bringen. Eine EZ im Sinne von Sozialarbeit (die Ausländer kümmern sich um die favelas) sollte auf jeden Fall vermieden werden.

## **5. Wer sind die zentralen Akteure zukünftiger Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit und welche Aufgaben haben die NRO?**

Die NRO (sowohl des Südens wie des Nordens) können zunächst wichtige Aufgaben der Inlandsarbeit übernehmen, zu der staatliche Organisationen kaum in der Lage sind. Sie können wichtige Beiträge zur Meinungsbildung leisten, die auf den politischen Prozess Einfluss haben.

Im Ausland (im Süden) ist die Stärkung der Zivilgesellschaft als Voraussetzung für die Umsetzung partizipativer Ansätze immer wichtiger. Hier könnten durch eine enge Kooperation von staatlicher und privater EZ Synergieeffekte erzielt werden – dabei ist davon auszugehen, dass private Einrichtungen bei der Zivilgesellschaft der Entwicklungsländer in der Regel größere Glaubwürdigkeit genießen. Zudem unterliegt die zwischenstaatliche EZ natürlicherweise gewissen politischen Restriktionen. Generell wäre wünschenswert, dass staatliche und nicht-staatliche EZ zu einer engeren länderbezogenen Kooperation und Abstimmung kommt.

## **6. Welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten haben die Partner im Süden?**

Die Handlungsspielräume insbesondere der armen Entwicklungsländer sind naturgemäß gering. Auch trägt EZ nicht selten noch dazu bei, die Legitimität der Regierungen zu schwächen – es wird wichtiger, in Washington einen guten Eindruck zu machen als vor Ort die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

Dem kann EZ nur in engen Grenzen gegensteuern. Ein wichtiges Element könnte eine aufmerksame Zivilgesellschaft sein, die in der Lage ist, bestimmte Geberstrategien zu kritisieren. Hier wäre eine wichtige Rolle für in der Bevölkerung verankerte NRO des Südens (wobei zu berücksichtigen ist, dass nicht wenige der auf internationalen Konferenzen agierenden Süd-NRO im eigenen Land wenig Rückhalt haben). Eine Regierung des Südens wird die Rolle auf dem „Fahrsitz“ dann wirksamer ausfüllen können, wenn sie in der Gesellschaft verankert ist und die Verhandlungen mit den Gebern Gegenstand einer kritischen Öffentlichkeit sind. Strategien zur Stärkung der Zivilgesellschaft im Süden sind auch Strategien zur Stärkung der „ownership“ in den Nehmerstaaten.

Dagegen sollte das Problem „zerfallender Staaten“ nicht allzu sehr hochgespielt werden. In den Kriegsregionen Afrikas handelt es sich meist um sehr konkrete Konfliktursachen, bei denen innere und äußere Faktoren eine Rolle spielen. EZ sollte vorrangig hier (bei den Konfliktursachen) ansetzen – alles andere ist (sicherlich unabdingbare) Nothilfe. Dabei sollte nicht gezögert werden, äußere Einwirkungen und Interessen zu benennen, auch und gerade wenn sie aus dem Norden kommen. Ohne das Interesse der USA an der Schwächung Sudans wäre der Krieg dort schon lange zuende; eine scharfe Kontrolle des internationalen Waffenhandels (warum diesen nicht ebenso diskriminieren wie den internationalen Drogenhandel!) würde viele Konflikte in friedlichere Bahnen lenken; eine Kontrolle des Diamantenhandels wäre ein besserer Beitrag zur Konfliktlösung in mehreren afrikanischen Ländern als die Entsendung von Truppen.

Anders liegt die Problematik in extrem autoritären Ländern. Hier muss im Einzelfall auch einmal auf staatliche EZ verzichtet werden, möglicherweise zugunsten von mehr privater (NRO) EZ (wenn diese beim Adressaten ankommt).

#### **7. Wie sollten die Aufgaben zwischen bilateraler und europäischer sowie internationaler EZ verteilt werden?**

Wie schon oben (Frage 3) dargestellt plädieren wir für die Beibehaltung und Stärkung der bilateralen EZ. Die multilateralen Institutionen haben sich als noch schwerfälliger, bürokratischer und reformunwilliger erwiesen als die nationalen Einrichtungen. Das gilt auch für die EU. Im Prinzip wäre eine Abstimmung/Arbeitsteilung auf internationaler Ebene zwischen den großen Gebern sinnvoll und notwendig. Dies erscheint aber gegenwärtig nicht möglich und würde im übrigen wohl auch auf Kosten der Entwicklungsländer gehen.

Vorrangiger als eine Veränderung in der Aufgabenteilung zwischen bilateraler und multilateraler EZ erscheint die Reform der multilateralen Agenturen. Wie insbesondere die jüngste Entwicklung bei IWF und Weltbank zeigen, ist dies eine derzeit kaum lösbare Aufgabe. Zu viele Nord-Interessen verbinden sich mit der Funktionsweise dieser Institutionen.

#### **8. Müssen die bisherigen Formen der Entwicklungsfinanzierung ergänzt oder geändert werden?**

Es ist fragwürdig, ob der Haupteffekt der EZ heute wirklich noch der Transfer von finanziellen Ressourcen ist. Wichtiger erscheint uns der Transfer von Konzepten, Strukturen, Wissen und Erfahrungen. Dies sollte in der EZ bewusster gehandhabt werden – so ist ganz klar, dass z.B. bei einem Weltbankkredit der finanzielle Effekt auf längere Sicht weniger wichtig ist als die damit verbundene Übertragung von Methoden, Strukturen usw. . Auch sollte bewusst sein, dass ein erheblicher Teil der EZ in Zahlungen für internationale Experten besteht. Deren Rolle, Ausbildung usw. sollte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Was die Finanzierungsseite betrifft so muss zunächst der Krebsgang der öffentlichen EZ-Haushalte kritisiert werden, bevor alternative Finanzierungswege diskutiert werden. Es ist geradezu irrsinnig, wenn heute bei der Debatte um den vielfach größeren Rüstungshaushalt internationale Sicherheitsinteressen (vor allem im Sinne von militärischer

Interventionsfähigkeit im Süden) betont werden, während gleichzeitig der ohnehin schmale BMZ-Haushalt weiter abgebaut wird. Deutschland will international eine grössere Rolle spielen – dies sollte sich vor allem in höheren Aufwendungen für eine sinnvolle EZ widerspiegeln, nicht im Aufbau von Interventionsstreitkräften. Wir sollten der derzeit herrschenden Spar- und Privatisierungslogik im Bezug auf öffentliche Aufgaben auch bei der EZ nicht auf den Leim gehen: Diese vermeintliche Sparlogik ist in Wirklichkeit eine Umverteilungslogik, bei der dringende öffentliche Aufgaben (und dazu gehört EZ in einer globalisierten Welt) geopfert werden. Dies ist eine grundlegende Fehlorientierung der Politik, die auch im Widerspruch zwischen internationalem Anspruch und Mittelkürzungen bei der EZ zum Ausdruck kommt.

Die Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten der EZ ist legitim, sollte aber die staatlichen Mittelkürzungen nicht als gegebenen Sachzwang akzeptieren.

Auch sollte bewusst sein, dass die private Finanzierung an enge Grenzen stößt. Wie die HIPC-Initiative zeigt, ist die EZ durch Kreditvergabe zumindest in den armen Ländern gescheitert. Die Finanzierung von Schulen und Gesundheitszentren durch Kredite führt immer wieder in die Schuldenfalle. Hier hat eine Finanzierung über Kapitalmärkte enge Grenzen, vor allem wenn Armutsorientierung im Mittelpunkt stehen soll.

Dagegen wird die Forderung nach der Erschließung neuer Finanzierungsquellen wie der „Tobin tax“ von uns aktiv vertreten. Dabei wäre zu überlegen, ob eine solche Steuer supranational abgeschöpft und entwicklungsfördernd wirksam gemacht werden könnte – ohne den Umweg über nationale Staatshaushalte zu gehen.

## **9. Wie kann die Wirksamkeit der deutschen EZ erhöht werden?**

Bevor die Organisationsstrukturen der deutschen EZ verändert werden sollte zunächst ihre Rolle und ihr Zusammenhang zu anderen Politikfeldern untersucht und ggf. in Rechnung gestellt werden. Es geht auch um die Integration des Entwicklungsziels in andere Felder der internationalen Politik (siehe oben) – dies ist bei einer Anpassung der bestehenden Strukturen mitzudenken.

Tatsächlich ist die Trennung zwischen FZ, TZ und PZ oft fragwürdig und wird in der Praxis durch Kooperation nicht selten überwunden. Hier wäre – vor einer organisatorischen Lösung – kurzfristig der Harmonisierung der Verfahren und der Entscheidungsprozesse der Vorrang zu geben.

Die Beratungstätigkeit ist u.E. ein wichtiges Moment der EZ, welches bewusster gehandhabt werden sollte. Trotzdem sollte nicht vergessen werden, dass die zunehmende Priorität, die im BMZ auf Beratung gelegt wird, in Wirklichkeit mehr der Reflex von Budgetproblemen als von konzeptionellen Überlegungen ist. Beratung ist u.E. ein unabdingbarer Bestandteil von EZ, er sollte aber nicht der einzige werden. Daher ist bei Beratungsprojekten der Akzent auf die Ausbildung und Qualifikation der Berater (auch im interkulturellen Kontext) zu legen. Denn eine einfache Übertragung von Konzepten, die bei uns funktionieren, in andere kulturelle Kontexte führt dort oft zu gegenteiligen Effekten. Es sollte also mehr auf die faktische Veränderung im Charakter von Beratung geachtet werden: Diese ist immer weniger mit der Vermittlung von bloßer Fachlichkeit (Ingenieure, Ärzte usw.) und immer mehr mit

der Übertragung von Organisationswissen verbunden, welches aber nur im jeweiligen kulturellen Kontext positive Effekte zeitigt. Hier fehlt oft eine entsprechende Vorbereitung der Berater.

Dass sich Deutschland besonders zurückhaltend gegenüber internationalen EZ-Koordinierungsprozessen verhält entspricht nicht unseren Erfahrungen. Dagegen erscheint eine gewisse kritische Haltung gegenüber dem von der Weltbank befürworteten Konzept der Sektorinvestitionsprogramme durchaus begründet: Diese fördern die Zentralisierung von Entscheidungen, erschweren Partizipation, behindern die notwendige Integration von Querschnittsthemen (Armutsbekämpfung, Frauenförderung, Umweltverträglichkeit) und werden oft in Washington konzipiert. Hier kommen wir wieder auf die notwendige Reform vor allem der Bretton-Woods-Institutionen zurück, die offensichtlich wegen ihrer bürokratischen Strukturen zu einer wirklichen Kooperation und Abstimmung mit den Partnerländern und anderen Gebern nicht in der Lage sind.

Eine bessere Koordinierung der privaten und öffentlichen entwicklungspolitischen Akteure Deutschlands sollte vor allem länderbezogen erfolgen – so wäre eine bessere Abstimmung der Interventionen auf deutscher Seite schon ein Fortschritt.

#### **10. Welches – vielleicht hier noch nicht angesprochene – Thema der Entwicklungspolitik und EZ ist nach Ihrer persönlichen Meinung in Zukunft auch noch wichtig?**

Ein wichtiger Punkt betrifft u.E. die Diskussion über entwicklungspolitische Konzepte. Tatsächlich ist dies eine Debatte, die praktisch ausschließlich im Norden stattfindet. Alle entsprechende Initiativen kamen in den letzten Jahrzehnten aus dem Norden und sind ein Reflex von Debatten des Nordens (was nicht heißt, dass sie immer schlecht sind). NGO, Genderorientierung, Nachhaltigkeit usw. sind Stichworte des Nordens. Notwendig erscheint die Förderung von Diskussionsprozessen und auch von Forschung im Süden durch den Süden. Ohne eigene gesellschaftliche Entwicklungsvisionen und deren Diskussion und Verankerung im Süden werden auch gutgemeinte Konzepte und Hilfen aus dem Norden rasch an ihre Grenzen stoßen. Zur Förderung solcher autonomer Prozesse müssen im Süden entsprechende intellektuelle Kapazitäten unterstützt und ermutigt werden. Sicher ist die Grundschulbildung für alle notwendig – die Länder des Südens müssen aber auch die Möglichkeit haben, ihr eigenes intellektuelles Potential auszubilden und zu fördern, und zwar nicht nur in den Naturwissenschaften. Die einfache Übernahme von Lösungen aus dem Norden funktioniert in den seltensten Fällen. Daher sollte EZ auch einen besonderen Akzent auf die Förderung eigener wissenschaftlicher Kapazitäten im Süden legen.

Hier hätte die Frage nach der Rolle der Politikberatung ihren Platz – funktionierende endogene Potentiale der Politikberatung müssen entwickelt werden.